



UNIVERSITÄTSSTADT TÜBINGEN

**BEBAUUNGSPLAN "BISMARCKSTRASSE
ABSCHNITT FRIEDRICHSTR.-BRÜCKENSTRASSE"**

MIT ÄNDERUNG NACH GEMEINDERATSBESCHLUSS
VOM 5. JUNI 1978 (SIEHE PLANEINTRAG)

TÜBINGEN, DEN 20. JAN. 1978
BÜRGERMEISTERAMT

IV.

BÜRGERMEISTER

354

STADTPLANUNGSAMT

STADTBAUDIREKTOR

TIEFBAUAMT

STADTBAUDIREKTOR

STADTMESSUNGSAMT

STADTVERMESSUNGSDIREKTOR

BERSICHTSPLAN M.1:5000

USZUG AUS DEM FNP ENTWURF



TEXTLICHE FESTSETZUNGEN:

A Planungsrechtliche Festsetzungen

nach § 9 des Bundesbaugesetzes (BBauG) in der Fassung vom 18.08.1976 (BGBl I. S. 2256) und § 1 bis 27 der Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 15.09.1977 (BGBl I. S. 1763)

1. Art und Maß der baulichen Nutzung

§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 BBauG und § 1 bis 21a BauNVO

siehe Planeintrag!

siehe Planeintrag!

2. Bauweise

§ 9 Abs. 1 Ziff. 2 BBauG

offene Bauweise - siehe Planeintrag!

3. Flächen für Stellplätze und Garagen

§ 9 Abs. 1 Ziff. 4 BBauG

Auf den Grundstücken Bismarckstraße Nr. 14 bis Nr. 50 sind Stellplätze und Garagen im rückwärtigen Gartenbereich unzulässig. Stellplätze können hier als Ausnahme zugelassen werden, soweit die erforderlichen Stellplätze für die vorhandene Nutzung nicht anderweitig hergestellt werden können.

Im übrigen Bereich sind Stellplätze und Garagen nach Landesbauordnung zulässig.

4. Leitungsrechte

§ 9 Abs. 1 Ziff. 21 BBauG

Die eingetragenen Leitungsrechte dienen der Einlegung von Ver- und Entsorgungsleitungen. In Inanspruchnahme der Flächen ist durch eine Dienstbarkeit zwischen Eigentümer und der Stadt Tübingen zu regeln.

5. Öffentliche Grünfläche

§ 9 Abs. 1 Ziff. 15 BBauG

Die öffentliche Grünfläche wird als "Kinderspielplatz" näher bestimmt.

6. Pflanzerhaltung

§ 9 Abs. 1 Ziff. 25 BBauG

Zur Erhaltung des vorhandenen, städtebaulich wirksamen Baumbestandes werden Gebote zur Pflanzerhaltung festgesetzt.

B Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

Nach § 111 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 20.06.1972 (GBI S. 351)

1. Dachform, Dachneigung

Siehe Planeintrag!

2. Vorgartengestaltung

Die Vorgartenzonen in der Bismarckstraße sind, soweit sie nicht als Zugang, Zufahrt oder Stellplatz benötigt werden, gärtnerisch anzulegen.

3. Einfriedigungen

Entlang der Bismarckstraße sind die Einfriedigungen zur öffentlichen Verkehrsfläche hin mit einer Sockelmauer von mind. 30 cm Höhe auszubilden. ~~In der weiteren Gestaltung ist die Einfriedigung auf das jeweilige Gebäude abzustimmen.~~

2

VERFAHRENSVERMERKE:

1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS:

Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde
am 3.10.1977 gemäß
§ 2 Abs. (1) Bundesbaugesetz (BBauG) in
der Fassung vom 18.8.1976 (BGBl. S. 2221)
vom Gemeinderat der Universitätsstadt Tü-
bingen am
beschlossen und am 9.11.1977
öffentlich bekanntgemacht.

2. BÜRGERBETEILIGUNG

Die Bürgerbeteiligung erfolgte gem. § 2a
Abs. 1 BBauG am
bzw. in der Zeit vom 9.11.1977
bis 30.11.1977

3. AUSLEGUNGSBESCHLUSS:

Der Gemeinderat hat am 20.2.1978
den Bebauungsplan als Entwurf und dessen
öffentliche Auslegung beschlossen.

4. ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG:

Der Bebauungsplanentwurf mit Begrün-
dung hat vom 29.3.1978
bis 3.5.1978 in Tübingen
öffentlich ausgelegen.

5. SATZUNGSBESCHLUSS:

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10
BBauG vom Gemeinderat der Universi-
tätsstadt Tübingen am 5.6.1978
als Satzung beschlossen.

6. GENEHMIGUNG:

Der Bebauungsplan wurde durch Erlaß
des Reg. Präs. Tübingen gemäß § 11
BBauG am 21.2.1979
mit Erlaß Nr. 1075/78
genehmigt.

7. INKRAFTTRETEN:

Die Genehmigung des Bebauungsplanes
wurde am 9.3.1979
gemäß § 12 BBauG ortsüblich bekannt
gemacht. Mit dieser Bekanntmachung
wurde der Bebauungsplan rechtsverbindlich.



GEHEBT MIT VERFÜGUNG
VOM 21.2.1979 NR. 1075/78
REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN
TÜBINGEN, DEN 21.2.1979

[Handwritten signature]

Tübinger Höhen

Bei den Höhenangaben im zeichnerischen Teil des Bebauungsplans handelt es sich um Angaben im Tübinger Höhensystem.